Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Kaufmännische Abteilung
Verfasser/in
Stöcker, Diana; Fiss, Erik

Vorlagen-Nr.
652/03/2017
Aktenzeichen
652 - 50 64 00

Anlagedatum
23.01.2017

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Hauptausschuss	06.02.2017	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	16.02.2017	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Anschlussunterbringung von Flüchtlingen in Rheinfelden - Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung schlägt vor:

Eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 110.000,-- Euro auf der Kontierung 3140078000 / 42310000– Anschlussunterbringung THH 080 wird genehmigt.

Anlagen

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von **110.000** Euro nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro nein

Erläuterung:

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

unter

Siehe „Deckungsvorschlag“ Name der Kostenstelle

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung: Für die Anschlussunterbringung im zu erwartenden Umfang sind derzeit weder beim Amt 32 noch beim Amt 65 Stellenanteile eingeplant. Der entstehende Arbeitsaufwand ist auch hinsichtlich der Frage zu beobachten, ob personell reagiert werden muss.

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

Veranlassung und Darstellung des dringenden Bedürfnisses

Die Stadt Rheinfelden (Baden) hat für 2016 entsprechend der vom Landkreis Lörrach festgesetzten Aufnahmequote nach Einwohnerschlüssel 101 Flüchtlinge in Anschlussunterbringung aufzunehmen. Rund 60 Personen konnten inzwischen mit großem personellem Aufwand in privatem Wohnraum, städtischen Wohnungen und Wohnungen der Wohnbau untergebracht werden. Für rund 40 Personen konnte noch kein Wohnraum, auch nicht befristet, gefunden werden.

Die 18 Wohnungen, die zu diesem Zweck von der Städtischen Wohnbau für die Stadt Rheinfelden an der Werderstraße errichtet werden, werden voraussichtlich im Dezember 2017 fertiggestellt.

Ein Verbleib der 40 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises bis zu diesem Zeitpunkt wird vom Landkreis Lörrach nicht mitgetragen, da in 2017 erneut 1.500 Flüchtlinge im Landkreis in Anschlussunterbringung gehen und sie seitens des Landes Baden-Württemberg verpflichtet sind, Gemeinschaftsunterkünfte abzubauen.

Der Landkreis hat daher der Stadt Rheinfelden (Baden) eine Interimslösung angeboten, damit diese zur Überbrückung der Bauzeit keine Wohncontainer aufstellen muss:

Die Stadt Rheinfelden erhält die Möglichkeit, zwei Gebäude auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft Schildgasse für den Zeitraum Februar bis Dezember bzw. April bis Dezember 2017 anzumieten.

Die Belegung der Wohnungen erfolgt wie bisher per Einweisung durch das Amt für öffentliche Ordnung. Zentrale Schaltstelle ist die Integrationsbeauftragte, die die Einweisung mit dem Landratsamt, der Sozialbetreuung der Caritas und Diakonie in den verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises und den Flüchtlingen managt.

Die Abwicklung der Mietverträge mit Vermietern der Wohnungen für Flüchtlinge soll neu über das Amt für Gebäudemanagement erfolgen. Im zugehörigen Teilhaushalt 080 sind bisher hierfür keine Mittel eingestellt.

Für das Jahr 2017 werden benötigt:

Gebäude 6 und 7 in der Schildgasse, insgesamt 20 Monate à EUR 2.960 Gesamtmiete (inkl. anteilige Hausmeisterdienste).	EUR 59.200
Gebäude Werderstr. für den Monat Dezember 2017 (1 Monat)	EUR 6.000
Verschiedene privat angemietete Wohnungen, ab Übernahme der Mietverträge durch Amt 65, 9 Monate à insgesamt EUR 4.500 Monatsmiete	EUR 40.500
Summe	EUR 105.700
Zuschlag 4% für Unvorhergesehenes (Kleinreparaturen etc.)	EUR 4.300
<hr/> Gesamtsumme	<hr/> EUR 110.000

Deckungsvorschlag

Im Teilhaushalt 032 (Amt für öffentliche Ordnung) ist auf der Kontierung 122003200 / Kostenart – 42310000 ein (Teil-)Betrag von **25.000** Euro für Anschlussunterbringung von Flüchtlingen eingestellt, der zur Deckung herangezogen werden kann.

Zum überwiegenden Teil von **85.000** Euro erfolgt die Deckung aus Mehreinnahmen durch Nutzungsentschädigung, die dann ebenfalls im Teilhaushalt 080 eingenommen werden (Kontierung Kontierung 3140078000 / 33210000 – Anschlussunterbringung THH 080 / Benutzungsgebühren).

Die Nutzungsentschädigung wird übernommen von den Flüchtlingen selbst (bei Einkünften), durch das Landratsamt (Asylbewerberleistungsgesetz) und das Jobcenter (Arbeitslosengeld II, SGB II, Hartz IV, Grundsicherung). Die Anträge hierfür werden von der jeweiligen Sozialbetreuung noch in den Gemeinschaftsunterkünften übernommen.

Ab Inkrafttreten der "Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Rheinfelden (Baden) für kommunaler Unterkünfte zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen", die dem Gemeinderat am 16.3.2017 zur Beschlussfassung vorgelegt wird, wird die Nutzungsentschädigung nach dieser Satzung bemessen.

Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung der überplanmäßigen Ausgabe sind gegeben. Die Deckung der benötigten Mittel in Höhe von 110.000 Euro ist gewährleistet.

Im Hauptausschuss wird Frau Bürgermeisterin Stöcker die Entwicklung der Gemeinschaftsunterkünfte und Anschlussunterbringung von Flüchtlingen in Rheinfelden erläutern.